



Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 16 /3 (1989)

DOI: 10.11588/fr.1989.3.53645

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.



ADOLF KIMMEL

AUFBRUCH UND ERNÜCHTERUNG: DIE GESCHICHTE DER SOZIAL-LIBERALEN ÄRA 1969–1982*

Das wissenschaftlich bedeutende, wenn nicht einzigartige Unternehmen – nach Kenntnis des Rez. gibt es in den anderen westlichen Demokratien dazu keine Parallele –, bereits jetzt eine auf einem möglichst breiten Quellenmaterial beruhende und aufwendig, geradezu repräsentativ aufgemachte Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu schreiben, ist mit den beiden Bänden über die Zeit der sozial-liberalen Regierungen abgeschlossen. Der ursprünglich bis zum Jahre 1980 begrenzte Zeitraum der Darstellung ist sinnvollerweise bis zum Ende der sozial-liberalen Koalition und der Wahl Helmut Kohls zum Kanzler einer CDU/CSU-FDP-Regierung durch das konstruktive Mißtrauensvotum vom 1. 10. 1982 fortgeführt worden. Aus dem vorgesehenen fünften Band sind dabei zwei umfangreiche Teilbände geworden und der als Autor angekündigte renommierte Bonner Zeithistoriker und Politikwissenschaftler Karl Dietrich Bracher hat sich mit der Analyse des Zeitgeistes begnügt, während die Teile über die Innenpolitik von Wolfgang Jäger, Freiburg, und über die Außenpolitik von Werner Link, Trier, geschrieben wurden.

Vor- und Nachteile der Teamarbeit

Die sich aus einer Teamarbeit ergebenden Vor- und Nachteil für die Darstellung sind hinlänglich bekannt. Gewiß ist der Gewinn an Kompetenz, der in aller Regel bei der Aufteilung eines umfassenden und komplexen Themas auf mehrere Autoren »anfällt« und der etwa die außenpolitischen Kapitel dieser Bände besonders heraushebt, höher zu veranschlagen als etwaige Unterschiede in Stil und Temperament, als einige unvermeidliche Überschneidungen, die sich hier aber in sehr engen Grenzen halten, oder auch Differenzen in der Bewertung mancher Probleme (z. B. hinsichtlich der Entspannungspolitik zwischen Bracher und Link), die im übrigen den kritischen Leser nicht zu verwirren brauchen, sondern ihm die eigene Urteilsbildung erleichtern können.

Gravierender ist der auch bei dieser Publikation zu konstatierende Nachteil, daß die Zusammenhänge zwischen Innen- und Außenpolitik kaum in den Blick geraten. Auch wenn man sich Andreas Hillgrubers anfechtbare These, die Ostpolitik habe das innenpolitische Fundament der Bundesrepublik unterspült, nicht zu eigen macht, so war die gegenseitige Durchdringung der beiden Bereiche gerade in der sozial-liberalen Ära, namentlich während der Kanzlerschaft Brandts, besonders intensiv. Jäger wie Link haben sich indes so genau – und eng – an ihre Themenbereiche gehalten, daß diese Zusammenhänge ausgeblendet bleiben, während Bracher auf sie nachdrücklich aufmerksam macht: Die »Wirkungen und Folgen« der Entspannungs- und Ostpolitik »haben nicht nur das außenpolitische Handeln und die

* Zugleich Besprechung von: Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Jäger, Werner Link, Republik im Wandel 1969–1974: Die Ära Brandt, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) und Wiesbaden (F. A. Brockhaus) 1986, 499 S. und von Wolfgang Jäger, Werner Link, Republik im Wandel 1974–1982: Die Ära Schmidt, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) und Wiesbaden (F. A. Brockhaus) 1987, 567 S. (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden, hg. von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest, Eberhard Jäckel, Bd. 5/I und 5/II.)

internationale Stellung der Bundesrepublik, sondern auch das innenpolitische Denken und Verhalten der Deutschen in West und Ost nachhaltig beeinflusst« (5/I, S. 362). Der damit angesprochene fundamentale Zusammenhang bedürfte einer vertieften, systematischen Analyse.

Auch durch die Teamarbeit wurde allerdings nicht das Verlagsversprechen eingelöst, die politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung in die Darstellung zu integrieren. In noch stärkerem Maße als bei den vorangegangenen Bänden handelt es sich um eine nahezu rein politische Geschichte. Da aber gerade die Politik der inneren Reformen nur vor dem Hintergrund – hier nur angedeuteter – tiefgreifender gesellschaftlicher Entwicklungen zu verstehen ist und in vieler Hinsicht ja auch der Versuch war, auf die gesellschaftlichen Veränderungen eine politische Antwort zu geben, fällt dieses Manko besonders ins Gewicht. Wenn nicht vom Autor der innenpolitischen Kapitel selbst, dann hätten Probleme wie die Entwicklung der Sozialstruktur, Veränderungen in der Arbeitswelt wie in der Freizeit, die junge Generation und die Frauen etc. eben von einem Soziologen aufgezeigt und auf die Politik bezogen werden müssen. Einige Aspekte werden zwar angesprochen – auch in Brachers Ausführungen über »Politik und Zeitgeist« –, aber eine umfassende Darstellung entsteht dadurch nicht.

Von den Schwierigkeiten, Zeitgeschichte zu schreiben

Die methodischen Probleme, mit der sich jede zeitgeschichtliche Arbeit konfrontiert sieht und die bereits in den Besprechungen der früheren Bände hier erörtert wurden¹, stellen sich bei der Behandlung eines Zeitraums, der bis an die Schwelle der Gegenwart herangeführt wird, in verschärfter Weise. Die geringsten Schwierigkeiten bereitet den Autoren das mit der geringen zeitlichen Distanz verbundene politische Engagement, das die Objektivität zu beeinträchtigen droht. Gewiß färben die politischen Standpunkte die Darstellung und gewiß wird diese oder jene Einschätzung kontrovers sein, aber alle Teile der beiden Bände sind weit entfernt von parteipolitischen Kampfschriften, zu denen viele der bisherigen Bücher über diese Zeit bisher geraten sind. Die politische Überzeugung hat bei keinem der Autoren die intellektuelle Redlichkeit und das wissenschaftliche Ethos überspielen können.

Als problematischer erweisen sich zwei andere Schwierigkeiten der Zeitgeschichtsforschung. Einmal öffnen sich die Archive umso weniger weit, je größer noch die Gefahr möglichen politischen Ge- bzw. Mißbrauchs ist. Politiker, die weiterhin aktiv sind, zeigen keine große Bereitschaft, dem neugierigen Forscher ihre Papiere zur Verfügung zu stellen, und in Gesprächen üben sie größte Zurückhaltung. So fehlen in der Liste derjenigen, die Einblick in ihre persönlichen Papiere gegeben oder sich zu Informationsgesprächen bereit erklärt haben, etwa Hans Dietrich Genscher oder Helmut Kohl im Unterschied zu Willy Brandt oder Helmut Schmidt. Insbesondere scheint Wolfgang Jäger für die Innenpolitik in geringerem Maße unveröffentlichte Materialien herangezogen zu haben als die Autoren für die 50er und 60er Jahre. Werner Link dagegen konnte seine Darstellung mit der erstmaligen Auswertung eines Depositums Willy Brandt erkennbar substantiieren. Allgemein gilt für die Bearbeitung dieser Jahre, daß die unsichere und ungleichmäßige Quellenbasis in stärkerem Maße als etwa für die Ära Adenauer nur eine vorläufige Analyse erlaubt, die offen sein muß für Ergänzungen und Korrekturen.

Als ein den Autoren bewußtes Problem, mit dem umso schwieriger fertig zu werden ist, je näher die Darstellung an die Gegenwart heranrückt, erweist sich offensichtlich die Scheidung des Wichtigen vom weniger Wichtigen. Daraus ergibt sich »eine eher dokumentarische Darstellung«, eine Chronik, die sorgfältig registriert, wohingegen die Konzentration auf das

¹ Vgl. dazu meine Besprechungen in: FRANCIA 11 (1983) S. 890–894; FRANCIA 12 (1984) S. 908–09; FRANCIA 13 (1985) S. 675–679.

Wesentliche und die Interpretation, die das Ereignis in eine historische Perspektive rückt, nur stellenweise gelingen. Am wenigsten bewältigt erscheint diese Problematik in den innenpolitischen Kapiteln, wobei die Schwierigkeiten zumindest teilweise in der Sache selbst liegen. Die Darstellung der Außenpolitik erhält hingegen durch die Konzentration auf die Ost- und Deutschlandpolitik, die außerdem gut von der Politik der Ära Adenauer abzuheben ist, klarere Konturen. Bezeichnenderweise gilt dies in viel stärkerem Maße für die »Ära Brandt« als für die »Ära Schmidt«. Die ost- und deutschlandpolitischen Kapitel über die Jahre 1969–1974 sind in den beiden Bänden wohl diejenigen, in denen am ehesten schon eine erste Schicht spezifisch historischer Darstellung mit der nötigen Einordnung und »Tiefenschärfe« gelegt wird.

Die Innenpolitik: ehrgeizige Reformpolitik und pragmatische Krisenbewältigung

Im Rahmen einer Besprechung ist es nicht möglich, den Inhalt der sehr eingehenden Darstellung zu resümieren. Die Schwerpunkte liegen auf der Regierungspolitik in den verschiedenen Politikfeldern – wobei der Finanz- und Wirtschaftspolitik besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird –, auf den Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildungen, den Bundestagswahlen und vor allem auf der Entwicklung der einzelnen Parteien und des Parteiensystems insgesamt. Ereignisse wie der Terrorismus oder der Protest gegen die Kernenergie werden ebenfalls ausführlich erörtert. Im Band 5/II sind Kapitel über die Bundesländer und das Bundesverfassungsgericht als »Mitregenten« sowie über die Gewerkschaften und die Kirchen als in der Politik wirkende gesellschaftliche Kräfte eingeschoben. (Warum sind Bauern- und Unternehmerverbände nicht berücksichtigt?) Eine im Band 5/I ins Einzelne gehende, im Band 5/II recht knappe kritische Bilanz schließt den jeweiligen innenpolitischen Teil ab.

Jägers Darstellung, die in ihrer betonten Nüchternheit etwas den Schwung, der zumindest die ersten Jahre der Regierung Brandt ausgezeichnet hat, vermissen läßt, leidet darunter, daß sie – wie schon angedeutet – neben der Erörterung der bedeutenden Ereignisse und Probleme auch vieles bringt, was seinen Platz allenfalls in einer politischen Reportage hätte. Die großen Linien des Geschehens drohen dem ermüdenden Leser in belanglosen Details zu verschwimmen. Die innerparteilichen Querelen in der CDU wie in der SPD, die Guillaume-Affäre, die Vorgänge um das gescheiterte konstruktive Mißtrauensvotum vom 27. 4. 1972 – die auch Jäger nicht aufklären kann –, das Gerangel um den Kanzlerkandidaten der Union für die Bundestagswahl 1980 oder auch das »Siechtum und Ende« des letzten Kabinetts Schmidt/Genscher müßten keineswegs in dieser Ausführlichkeit ausgebreitet werden.

Obwohl Jägers gemäßigt konservativer Standort aus verschiedenen Formulierungen und Einschätzungen erkennbar ist und er der »Ära Brandt« mit deutlichen Vorbehalten gegenübersteht, sind seine Porträtierungen der führenden Politiker der SPD wie der FDP – Genscher bleibt allerdings merkwürdig blaß – ausgesprochen fair, und bei aller Kritik versagt er dem von ihnen Geleisteten nicht die Anerkennung. Nur die Würdigung von Bundespräsident Heinemann fällt sehr zurückhaltend-kritisch aus. Jäger vermißt bei ihm – im Unterschied zu dem von ihm sehr positiv gesehenen Nachfolger Walter Scheel und selbst noch zu Karl Carstens – den für das Amt nötigen Sinn für »soziale und politische Integration« (5/I, S. 159).

In Brandts Rücktritt sieht der Autor eine scharfe Zäsur in der sozial-liberalen Ära. Zu Recht gilt er ihm aber weniger als deren Ursache, sondern als ein Symbol, denn »die Zeit des Reformkanzlers war zu Ende« (5/I, S. 125). Der Spionageskandal war lediglich der Anlaß, während die tiefere Ursache darin zu sehen ist, daß die Persönlichkeitsstruktur Brandts der gewandelten Lage nicht mehr korrespondierte: »Brandts Kraft und Kampfesgeist hingen ab von einem inneren Gefühl der politischen Sendung und der dafür und dadurch mobilisierten Euphorie. Beide Antriebskräfte waren in den Jahren 1973/4 erlahmt...« (5/I, S. 124).

Nun stießen die hochgesteckten inneren Reformvorhaben an enge finanzielle Grenzen und

in der Ostpolitik, mit deren Entwurf Brandt Größe gezeigt habe, stand jetzt die zähe und undankbare Alltagsarbeit an. »Brandts Streben galt dem politischen Entwurf; sein Nachfolger Schmidt sollte sich in der Kärnerarbeit bewähren.« (5/I, S. 125) Auch wenn das häufig benutzte Etikett vom »Macher« Helmut Schmidt nicht gerecht wird, dürfte seine Charakterisierung als Pragmatiker und kompetenter Krisenmanager im Kontrast zum Visionär und Moralisten Brandt zutreffen. Die gewandelten Rahmenbedingungen und die neuen Probleme zwangen auf jeden Fall dazu, vor allem jene Eigenschaften zu zeigen.

Der Leistung des zweiten sozialdemokratischen Kanzlers zollt Jäger hohe Anerkennung. Er rühmt seine »überragende Kompetenz...«, die Kraft straffer Führung und unermüdlichen Fleiß«. Mit der »Fähigkeit zu theoretischer Analyse« verband er einen »scharfen Blick für das Mögliche« und »rhetorische Überzeugungskraft« (5/II, S. 9). Als »anerkannter Meister des Regierens«, als »hervorragender Steuermann des Staatsapparates« – zumindest bis 1980 – ist ihm nur Adenauer vergleichbar (5/II, S. 271). In einer Zeit, in der sich erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die ökonomische Krise mit ihren Folgen (Arbeitslosigkeit) dauerhaft einrichtete und in der es Abschied zu nehmen galt vom »grenzenlosen Wohlfahrts- und Wachstumsdenken« – diese völlig neue Erfahrung als Grundlage der Politik verdiente eine genauere Analyse –, brachte er zwei Eigenschaften mit, die ein relativ unbeschadetes, wenn auch schwieriges Hindurchsteuern des Gemeinwesens durch die Krise erleichterten, vielleicht überhaupt erst ermöglichten (5/II, S. 270f.): Er war Sozialdemokrat und konnte als solcher gewisse schmerzhaft soziale Einschränkungen eher durchsetzen als es einer »bürgerlichen« Regierung möglich gewesen wäre. Zum zweiten besaß er eine allseits anerkannte hohe Kompetenz, die aus ihm in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch bei der inneren Sicherheit geradezu den Kanzler einer »Großen Koalition« machte, zwar nicht im parteipolitischen Sinn, aber hinsichtlich der »repräsentierten Interessen und Ideen«. Gleichwohl sieht Jäger auch seine Grenzen: Für gewisse neue Probleme, namentlich die Ökologie, besaß er nicht die nötige Sensibilität. Vor allem fehlte ihm »innerparteilich ein Schuß Brandtscher Vision. Ein sozialdemokratischer Kanzler muß auch den Durst seiner Partei nach einer mitreißenden Botschaft für die Zukunft stillen« (5/II, S. 263). Daraus resultierten wachsende Spannungen zwischen dem Kanzler und seiner Partei, die schließlich zu seinem Sturz wesentlich beitrugen. Lag also Schmidt größtes Versäumnis darin, daß er nicht den Parteivorsitz übernahm, wie auch Joachim Fest in seinem abschließenden Essay wieder meint? Einmal abgesehen von der Ungewißheit, ob sich dadurch viel geändert hätte, wird man sich mit Jägers ebenso origineller wie scharfsinniger Überlegung ernsthaft auseinandersetzen müssen, daß nämlich der Kanzler von der Ämtertrennung eher profitiert, daß seine Distanz zu Parteiqueren zu seiner Popularität beigetragen hat. Vor allem »hätte ein Parteivorsitzender Schmidt stärker die Identität der hier und jetzt existenten SPD zum Ausdruck bringen müssen... Wahrscheinlich wäre die Koalition dann früher gescheitert.« (5/II, S. 272)

Die Geschichte des Koalitionsbruchs wird breit erzählt. Die »Schuldfrage« wird zwar nicht eindeutig beantwortet, aber nach Auffassung Jägers trägt die SPD die Hauptverantwortung für das Ende. Zwar sieht er durchaus, daß die FDP aus »Existenzangst« spätestens seit dem Frühjahr 1982 den Regierungswechsel anstrebte, aber er meint gleichwohl, sie sei nicht die treibende Kraft gewesen. Das mag man auch anders sehen, ohne sich gleich die »Verratsthese« zu eigen zu machen, und man mag sich auch die Frage stellen, ob Schmidt selbst, der fortwährenden Auseinandersetzungen leid, nicht auch zum Bruch beigetragen hat – bis man diese Streitfrage mit Hilfe der einschlägigen Dokumente wirklich klären kann, wird man sich wohl noch einige Zeit gedulden müssen.

*Die Außenpolitik:**gelungene Anpassung an die internationale Situation und Anpassungsschwierigkeiten*

In den außenpolitischen Kapiteln über die »Ära Brandt« nimmt die Ost- und Deutschlandpolitik breiten Raum ein, während die »Westpolitik«, also die Beziehungen zu den USA und die europäische Integrationspolitik vergleichsweise knapp abgehandelt werden. Gestützt auf bislang nicht zugängliche Materialien – aber natürlich bleibt ihm das Archiv des Auswärtigen Amtes noch verschlossen – und auf Gespräche mit mehreren politischen Akteuren – aber nicht Genscher – gelingt dem Vf. eine fundierte und dicht geschriebene Analyse, die nicht nur bisher Bekanntes zusammenfaßt oder neu bewertet, sondern auch viel Neues bringt. Dies gilt insbesondere für die lange Zeit äußerst kritische Haltung der Westmächte – nicht nur Frankreichs, sondern auch der USA –, deren tiefe Beunruhigung hinsichtlich eines ostpolitischen Alleingangs der Bundesrepublik und ihrer befürchteten Lösung vom Westen in einem neuen Licht erscheint. Genährt wurde das westliche Mißtrauen freilich durch die Methode – auch dafür werden neue Belege beigebracht –, die Verbündeten nur noch zu informieren – und auch das offenbar nicht immer zu deren Zufriedenheit –, nicht mehr zu konsultieren.

Auch hier ist es nicht möglich, den Inhalt zu resümieren; einige Stichworte müssen genügen: Nach der Darlegung des (bzw. der) ostpolitischen Gesamtkonzepts(e) werden die Verträge und Abkommen, in denen sich die Politik konkretisierte, sorgfältig und kenntnisreich analysiert. Die schwierige Ratifizierung und die – nicht überzeugende – Rolle, die die Opposition dabei gespielt hat, wird in einem eigenen Kapitel behandelt. Link betont zwar die Kontinuität etwa mit der Erhard/Schröder-Friedensnote vom März 1966, aber er unterstreicht auch das Neue der Ostpolitik. Mit der Zurkenntnisnahme der »Zwei-Staaten-Realität« durch die Regierungserklärung vom 28. 10. 1969 überschritt die neue Koalition den Rubikon, wovor die Union, in einem »ehrenwerten moralischen Rigorismus« (5/I, S. 167) verharrend, zurückschreckte. Link macht aus seiner insgesamt positiven Beurteilung der neuen Politik keinen Hehl. Der »Wandel der Weltpolitik vom Kalten Krieg zur Détente« wurde »erkannt, ernstgenommen und genutzt« (5/I, S. 277). Die Außenpolitik der Bundesrepublik wurde, unter Wahrung der »nationalen« Interessen und ohne Aufgabe der bisherigen Rechtsstandpunkte, in den allgemeinen Entspannungsprozeß eingeordnet. »Das war eine historische Leistung, vor allem die staatsmännische Leistung des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt.« (Ebd.) In der Ostpolitik sieht Link die (über)fällige Ergänzung zur Einfügung in das westliche Bündnis, denn »Westbindung plus Ostverbindungen« macht die Staatsräson der Bundesrepublik aus.

Die häufig vorgebrachte Kritik, den »Vorleistungen« der Bundesregierung hätten keine adäquaten Gegenleistungen entsprochen, macht sich Link nicht zu eigen. Es mag überraschen, aber Links Analyse ist überzeugend, daß nur der Warschauer Vertrag eine sehr kritische Beurteilung erfährt: da die Frage der Familienzusammenführung nur unbefriedigend geregelt wurde, fehlte ihm die »Ausgewogenheit«. Auch der Vorwurf, Bahr habe dilettantisch und leichtfertig verhandelt, ist bei Link nicht zu finden. Vielmehr ist aus der Darstellung deutlicher Respekt vor dem »Chefdenker« der Ostpolitik herauszulesen.

Freilich kam nicht dessen weitgreifende, ja utopische Konzeption zum Zuge, sondern eine viel bescheidenere und realistischere, wie sie von der FDP und vom rechten SPD-Flügel um Schmidt, Leber, Apel vertreten wurde. Die Verfechter dieser Konzeption strebten einen Abbau der Spannungen zwischen Ost und West und eine möglichst weitgehende Abrüstung an, aber sie hielten das Weiterbestehen der Paktsysteme für unverzichtbar. Entspannungspolitik war, in Helmut Schmidts Worten, »die Fortsetzung der Strategie des Gleichgewichts unter Hinzuziehung anderer Mittel« (zit. 5/I, S. 177). Dagegen zielte das Konzept des phantasievollen »Vordenkers« Bahr auf die Überwindung der Blöcke und ihre Ersetzung durch ein mitteleuropäisches Sicherheitssystem. Die Krise der Entspannungspolitik in der zweiten Hälfte der 70er Jahre blockierte dieses langfristige Konzept. Da schließlich auch die mitteleuropäi-

sche Rüstungskontrollpolitik (MBFR) scheiterte, »blieb die Ostpolitik sozialdemokratischer Prägung ein Torso« (5/I, S. 179). Bahrs Konzept gefährdete die Politik der westeuropäischen Integration und mußte sicherheitspolitische Bedenken hervorrufen. Gegen diese Vorstellungen richtete sich das Mißtrauen der westlichen Verbündeten, denn das amerikanische – wie das sowjetische – Entspannungskonzept zielte auf die Konsolidierung, nicht auf die mit erheblichen Risiken behaftete Veränderung des Status quo.

In der »Ära Schmidt«, gekennzeichnet durch die Krise und das (vorläufige) Ende der amerikanisch-sowjetischen Entspannungspolitik, ging es dann »nur« noch um die Fortführung der Osteuropa- und Deutschlandpolitik unter immer schwierigeren Bedingungen. An die Stelle von Visionen und kühnen Entwürfen trat eine Politik der Schadensbegrenzung, die die Auswirkungen des »neuen Kalten Krieges« auf Deutschland und Europa mildern sollte. Dafür mußte mit einer empfindlichen Verschlechterung des Verhältnisses zu den USA ein hoher Preis bezahlt werden. Der gelungenen Anpassung an den weltpolitischen Wandel zu Beginn der sozial-liberalen Ära stehen die Anpassungsschwierigkeiten an einen neuerlichen Wandel am Ende gegenüber. Aus der besonderen Interessenlage der Bundesrepublik heraus waren diese Schwierigkeiten bis zu einem gewissen Grade wohl unvermeidlich.

In der »Ära Schmidt« gewann die »Westpolitik« der Bundesrepublik wieder größere Bedeutung, und so räumt ihr Link nun auch mehr Platz ein als im vorangehenden Band. Insgesamt geht es dabei vorrangig um ein weltwirtschaftliches und sicherheitspolitisches Krisenmanagement. Mit den USA gab es dabei mehr als nur »Koordinierungsschwierigkeiten«, wie es gar zu rosig in einer Überschrift heißt. Das schlechte persönliche Verhältnis zwischen Präsident Carter und Kanzler Schmidt, woran letzterer, der »nicht selten recht forsch als Lehrmeister auftrat« (5/II, S. 278), auch nicht unschuldig war, wie später das Mißtrauen in weiten Kreisen der SPD gegenüber Reagan belasteten die Beziehungen erheblich.

Für die Weiterentwicklung der Europapolitik wie auch für die Beziehungen zu den USA spielte die deutsch-französische Zusammenarbeit eine herausragende Rolle; sie wurde zum »Fundament deutscher Außenpolitik« (5/II, S. 349). Bemerkenswert ist die von Link belegte Entwicklung des »Atlantikers« Schmidt zum »Semi-Gaullismus«. Die Differenzen und Mißverständnisse, die es in dieser »entente élémentaire« aber immer noch gab, hätten schärfer herausgearbeitet werden müssen.

Obwohl mit dem inneren Verfall der Koalition und der wachsenden Kritik am NATO-Doppelbeschluß in der Öffentlichkeit, einschließlich der SPD, der Einfluß der Bundesrepublik in der westlichen Allianz auf einen Tiefpunkt sank, zieht Link ein positives Resümee dieser »durchweg interessenbetonten, selbstbewußten Außenpolitik«, durch die die Bundesrepublik außenpolitisches Profil gewann (5/II, S. 424): »Die Bundesrepublik Deutschland wurde in der sozial-liberalen Ära weltweit ... als wichtiger und gewichtiger Kooperationspartner anerkannt und bestätigt.« (5/II, S. 431)

Der »Zeitgeist« – eine pessimistische Sicht

Karl Dietrich Bracher unternimmt es in einem Beitrag im Band 5/I, der sich allerdings über die gesamte sozial-liberale Ära erstreckt, den mit der Politik im Zusammenhang stehenden geistigen und ideologischen Tendenzen nachzuspüren. Auch wenn ein Kapitel von der Literatur handelt, zeichnet er kein Gesamtbild der kulturellen Entwicklung. Der Autor unterscheidet drei Phasen, deren jeweiliger Beginn durch die Jahreszahlen 1969, 1973 und 1977 markiert werden kann: »Auf die Ära der großen Erwartungen folgt die Zeit der großen Ernüchterung und schließlich der Einbruch eines neuen Krisendenkens.« (5/I, S. 286) Die wichtigsten Themen von Brachers facettenreicher Analyse sind Bildungsreform und Emanzipation, der Streit um Mitbestimmung und Demokratisierung, politische Tendenzen in der Literatur, die Diskussionen um Terrorismus und Gewalt, Tendenzwende und Fortschritts-

krise, die Debatte um die Regierbarkeit und die Probleme des Entspannungsdenkens, das alternative und »grüne« Denken, die Friedensbewegung und schließlich die Frage der deutschen Identität. Den Schlüsselwörtern und dem Bedeutungswandel, dem sie unterliegen, widmet er besondere Aufmerksamkeit. Die Hinweise auf vergleichbare Phänomene in der Weimarer Republik und in der Jugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg sind geeignet, manche Zusammenhänge zu verdeutlichen, doch dürfen solche historischen Vergleiche auch nicht überstrapaziert werden. Niemand, der diese unruhig-bewegten Jahre bewußt miterlebt hat, wird bestreiten, daß jeder, dem die parlamentarische, rechtsstaatliche Demokratie am Herzen lag, Anlaß zur Sorge haben konnte – und Bracher gehört zu jenen, die sich besonders um die Stabilität und Zukunft der zweiten deutschen Demokratie sorgten (noch sorgen?). Seine Darstellung erweckt jedenfalls den Eindruck, daß ihn die sich mitunter heftig manifestierenden Ideologien, Doktrinen und »Bewegungen« ziemlich pessimistisch gestimmt haben. Sieht er nicht alles doch zu schwarz? Zunächst kann man sich fragen, ob er die Bedeutung und Auswirkung der zweifellos vorhandenen, zeitweise beunruhigend anwachsenden illiberalen und nicht nur demokratiekritischen, sondern offen antidemokratischen Strömungen nicht überschätzt. Ohne besonders auf den Wahlergebnissen zu insistieren, die ein hohes Maß an Immunität in der Bevölkerung signalisieren, gilt es doch festzuhalten, daß auch unter den Intellektuellen, in den Medien und selbst in der studentischen Jugend diese von Bracher zu Recht angeprangerten Tendenzen immer deutlich in der Minderheit waren. Auch wenn mitunter der Eindruck entstehen konnte, die Gruppen, die Rechtsstaat und Demokratie anfeindeten und die die liberale Gesellschaftsordnung mit zweifelhaften Methoden angeblich »reformieren« wollten, beherrschten die Szene, so sollte das nicht dazu verführen, sie als stärker und einflußreicher hinzustellen als sie tatsächlich waren.

Brachers Pessimismus zeigt sich auch darin, daß er in den ideologischen Bewegungen und Turbulenzen ausschließlich Verfallserscheinungen sieht. Gewisse, als positiv einzuschätzende Entwicklungen und Veränderungen, die von den Auf- und Umbrüchen ausgegangen sind, werden nicht gesehen oder zumindest nicht gewürdigt. So zeigt etwa die neuere Forschung über die politische Kultur der Bundesrepublik, daß obrigkeitsstaatliche und autoritäre Einstellungen seit dem Ende der 60er Jahre schwächer, liberale und demokratiekonforme dagegen stärker geworden sind. Schließlich sollte neben den negativ-zerstörerischen Auswirkungen, die die vielen Reformen im Bildungsbereich oft gezeitigt haben, nicht gänzlich untergehen, daß dabei auch obsolet gewordene Hierarchien abgebaut und breiten sozialen Schichten neue Bildungschancen eröffnet wurden.

Insgesamt erscheint dem Rez., als unterschätze Bracher die Notwendigkeit für eine liberale Gesellschaft, für den Wandel offen zu sein, wenn sie à la longue nicht verkrusten und sich dann selbst gefährden will. Daß es in Zeiten eines besonders raschen Wandels – die sozial-liberale Ära ist wohl eine solche Zeit – dabei zu Fehlentwicklungen und Gefährdungen kommen kann, sollte keineswegs unterschlagen werden, aber es sollte auch darauf geachtet werden, daß die berechtigten Warnungen nicht unversehens zur Abwehr jeglicher Reform und Erneuerung geraten.

Das Gesamtwerk

Das Großunternehmen ist ohne ins Gewicht fallende Verzögerungen somit erfolgreich abgeschlossen. Die großen Vorzüge wie die – meist – kleineren und oft durch die Sache vorgegebenen Schwächen sollen hier nicht wiederholt werden. Ungeachtet mancher Einschränkungen und mancher Unterschiede in der Qualität der einzelnen Bände dürften auch hochgesteckte Erwartungen nicht enttäuscht worden sein. Man mag bedauern, daß die Darstellung mit dem Ende der sozial-liberalen Ära einfach endet, denn der folgende Essay von Joachim Fest über die deutsche Frage verweist zwar verdienstvoller Weise darauf, daß die im Werk weitgehend ausgeklammerte »gesamtdeutsche« Dimension noch vorhanden ist, aber er

bildet kaum einen Abschluß. Wäre hier nicht eine »Gesamtschau« angebracht gewesen, am besten aus kritisch-liberaler Sicht, um die bei den meisten Autoren vorherrschende liberal-konservative Grundposition etwas zu relativieren? Man hätte auch daran denken können, der bundesdeutschen Interpretation eine ausländische Sichtweise gegenüberzustellen. Mit Alfred Grosser hätte sich ein kenntnisreicher Autor angeboten, der die beiden Desiderata hätte erfüllen können.

Hinsichtlich der erschlossenen Quellen, der Faktenfülle, der analytischen Durchdringung der Stoffmenge und der darstellerischen Bewältigung steht diese Geschichte insgesamt konkurrenzlos da. Sicher werden noch Lücken zu füllen, Korrekturen anzubringen sein, aber bis die Bände »überholt« sind, wird es wohl noch einige Zeit dauern.